

# Zu simple Rezepte gegen die Armut

Eine Beendigung der Führungskrise bei der Weltbank ist mit dem Rücktritt von deren Präsident Paul Wolfowitz absehbar. Doch auch die Institution selbst steckt in einer Krise.

Stefan Schneider

Der in der Nacht auf Freitag bekanntgewordene Rücktritt von Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz auf Ende Juni entbehrt nicht der Ironie: Vor allem den Kampf gegen die weltweite Korruption hatte sich Wolfowitz auf die Fahnen geschrieben. Und nun muss er – nach gerade mal zweijähriger Amtszeit – das Handtuch werfen – wegen der Beförderung seiner Lebensgefährtin, der er mit einer grosszügigen Gehaltserhöhung um 36 Prozent den Wechsel von der Weltbank ins US-Aussenministerium ermöglicht hatte.

Die Affäre um die Günstlingswirtschaft hat das Ansehen und die Glaubwürdigkeit einer Institution weiter geschwächt, die sich schon zuvor in der Krise befand. Geschaffen wurde sie 1944 an der Konferenz von Bretton Woods, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), mit dem Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung vornehmlich weniger entwickelter Mitgliedsländer zu fördern und als Not Helfer mit Krediten einzuspringen. Die Weltbank vergibt Kredite allein für wirtschaftlich und technisch zweckmässige Projekte, die Erfolg versprechen. In den vergangenen Jahren stagnierte die Summe der gewährten Kredite bei rund 22 Milliarden jährlich, derweil immer mehr private Investoren ihr Engagement in Entwicklungs- und Schwellenländern auf mittlerweile über 500 Milliarden Dollar pro Jahr erhöht haben. Generell wirft das zunehmend die Frage nach der Notwendigkeit und der Zukunft der Weltbank auf.

Neben dieser generellen Infragestellung stehen Weltbank und IWF aber auch insbesondere wegen ihrer Vergabepolitik in der Kritik. Zu oft würden

Grossprojekte wie Staudämme oder Pipelines unterstützt mit oftmals verheerenden Folgen für die Umwelt und die ansässige Bevölkerung, heisst es etwa. Ineffizienz, Mangel an Transparenz, internes Demokratiedefizit in Form eines organisatorischen Übergewichts der Industrieländer – so lauten weitere Vorwürfe. Massive Kritik ernen Weltbank und IWF auch wegen ihrer fehlenden Bereitschaft, differenziert auf die Bedürfnisse der ärmsten Länder einzugehen. Anfang der 90er Jahre haben sich Experten der Weltbank, des IWF und des US-Finanzministeriums auf den so genannten Washingtoner Konsens geeinigt. Seither koppeln Weltbank und IWF die Gewährung von Geldern an verschiedene Voraussetzungen, die die Entwicklungsländer mitunter zu erheblichen und umstrittenen strukturellen Anpassungen zwingen: Öffnung der Grenzen für den Weltmarkt, Kürzung der Staatsausgaben, Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen wie Elektrizitäts- und Wasserversorgung sowie Telekommunikation, Inflationsbekämpfung, Steigerung des Exports usw. «Mehr Markt, weniger Staat» heisst die Order, ansonsten droht Kreditentzug.

## Wohlstandsgefälle steigt an

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer übernahmen diese neoliberalen Rezepte. In vielen Fällen waren sie von ökonomischen Erfolgen, etwa bei der Haushaltsanierung oder Inflationsbekämpfung, gekrönt. Im Gefolge der Globalisierung wuchs ihre Wirtschaft in den letzten Jahren zwischen 4,3 (Lateinamerika) und 8,9 Prozent in Süd- und Ostasien. Staaten wie Israel, Südkorea, Singapur oder Taiwan schafften den Sprung vom Schwellen zum Industrieland; andere, wie etwa Südafrika, stellten den Anschluss an die Weltwirtschaft sicher.

Solchen Erfolgsmeldungen steht auf der Negativseite aber das in derselben Zeitspanne wachsende Wohlstandsgefälle gegenüber. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet, sowohl bezogen auf die ökonomischen Unterschiede unter den Staaten wie auch innerhalb der Gesellschaften der einzelnen Länder. Klaus Töpfer,

1998 bis 2006 Direktor des Uno-Umweltprogramms, hat in «Le Monde diplomatique» kürzlich geschrieben: «Die häufig auf geradezu perverse Art zur Schau gestellten Konsum- und Wohlstandsunterschiede zwischen den reichen und armen Ländern und Menschen dieser Welt müssen abgetragen werden. Diese Unterschiede sind es vor allem, die Konflikte und Spannungen und häufig Hass und blinden Terror hervorgerufen.»

Dem Erfordernis nach einem sozialen Ausgleich und einer nachhaltigen Entwicklung kommen Weltbank und IWF unzulänglich nach. Entgegen der neoliberalen Wirtschaftstheorie kommt in Entwicklungs- und Schwellenländern der «Trickle-down»-Effekt, gemäss welchem der durch die Marktbefreiung angehäufte Reichtum von allein von oben nach unten durchsickert, nicht zum Tragen. Derweil vertrösten IWF und Weltbank die noch tiefer in Armut versinkenden Volksschichten immer wieder damit, nach Überwindung einer Durststrecke kämen die Segnungen der Reformen und Strukturanpassungsprogramme allen zugute. Damit stossen sie jedoch in den Ländern des Südens je länger, je weniger auf Verständnis. Aus deren Sicht ist schwer einzusehen, weshalb IWF und Weltbank unverdrossen von ihnen verlangen, dass sie lebensnotwendige Güter nicht subventionieren und ihre Grenzen für den Agrarmarkt offen halten sollen, während die Industriestaaten – die Schweiz ebenso wie die EU und die USA – ihre Landwirtschaft nach wie vor milliarden-schwer subventionieren. Dabei ist gerade der Agrarsektor einer der wenigen, wo etwa Afrika auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wäre.

## Aufschwung für Linkspolitiker

Das Ausbleiben eines breit abgestützten Wohlstandszuwachses zeitigt insbesondere in Lateinamerika gravierende Folgen. Das Pro-Kopf-Einkommen ist dort heute tiefer als 1980; nach Uno-Angaben schlagen sich 60 Millionen Lateinamerikaner mit weniger als einem Dollar im Tag durchs Leben. Ihr Überlebenskampf ist nicht leichter geworden, seit im Rahmen der Strukturanpassung die soziale Absicherung vie-

lerorts stark reduziert worden ist. So wird in Lateinamerika das Diktat von Weltbank und IWF heute vielerorts als neue Form kolonialer Erpressung empfunden. Was wiederum linken Politikern Auftrieb gibt. In Brasilien, Argentinien, Chile, Uruguay, Bolivien, Ecuador, Venezuela und Nicaragua sind heute Linksregierungen am Ruder. An vorderster Front agiert Venezuelas Hugo Chávez: Der Linkspopulist verzeichnet wachsenden Sukkurs in seiner Rolle desjenigen, der den ganzen Subkontinent vom «Bösewicht USA» zu befreien angetreten ist. Anfang Mai gab er mit gewohnt pompöser Geste den Austritt Venezuelas aus Weltbank und IWF bekannt, die aus seiner Sicht nichts anderes als «Werkzeuge des US-Imperialismus zur Ausbeutung der kleinen Staaten» darstellen. Chávez treibt nun sein Projekt voran, als Alternative zu diesen Institutionen eine Bank des Südens einzurichten, die den Staaten Kredite gewährt mit weniger rigorosen wirtschaftlichen Auflagen.

## Wolfowitz-Krise nutzen

Mit einem Einheitsrezept die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Länder des Südens beseitigen zu wollen, greift zu kurz. Osttimor, Mosambik oder Bolivien einfach über einen Leisten zu schlagen, wird der komplexen Realität und vielschichtigen Problemlagen nicht gerecht. Viele Länder haben die wirtschaftspolitische Bevormundung von Weltbank und IWF satt. Es erstaunt daher wenig, dass die beiden Institutionen zunehmend Mühe bekunden, überhaupt noch genügend Kreditnehmer zu finden.

Immerhin, Reformprozesse sind eingeleitet. Die Weltbank hat inzwischen eingesehen, dass eine übereilte Handelsliberalisierung in Entwicklungsländern die soziale Frage nicht zu lösen imstande ist. Ihr Gender-Aktionsplan zur ökonomischen Stärkung von Frauen etwa ist ein richtiger Ansatz hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Es ist zu hoffen, dass die beiden Institutionen die aktuelle Führungskrise um Wolfowitz dazu nutzen, notwendige Reformen auf allen Ebenen umzusetzen, um so einen echten Neuanfang einzuleiten.

## Mitdenken verboten



Christian Weisflog, Moskau

Russland ist nicht die Sowjetunion. Doch gibt es in Putins Reich genügend Momente, in denen sich das Heute wie das totalitäre Gestern anfühlt. Die Propaganda fordert wieder Wachsamkeit. Nicht gegenüber dem Klassenfeind, nein, Angst müssen die Russen nun vor den «Orangenrevolutionären» haben. Denn diese könnten wie in der Ukraine 2004 durch Strassenproteste ihr Verfassungsrecht auf freie und faire Wahlen einfordern. «Aber Vorsicht», warnen die Kreml-Ideologen, es handle sich hier nicht etwa um Demokraten, sondern um vom Westen finanzierte «Extremisten», die nur eines wollten: Russland schwächen.

Die von oben indoktrinierte Angst schleicht sich in die Köpfe ein – mit unerwartet grotesken Folgen. Denn wie ist es zu erkennen, der Orangenrevolutionär, der Russland-Feind? Das Beispiel einer Studentengruppe an der soziologischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität (MGU) zeigt: Jeder kommt in Frage, der durch Protest etwas verändern möchte. Neben Korruption werfen sie dem Dekan Wladimir Dobrenkow in erster Linie die Verbreitung nationalistischen und rassistischen Gedankenguts vor. So habe das Dekanat etwa eine Broschüre mit dem Titel «Die Idee des Überlebens oder Warum sie die russische Erde säubern» unter den Studenten verteilen lassen. Darin kämpft das fromme Russland gegen die US-amerikanische Bestie. Gestützt werden die Verschwörungstheorien unter anderem mit den Protokollen der Weisen von Zion – einem antisemitischen Pamphlet.

Im Gegenzug schrieb der Dekan Präsident Putin und Parlamentsabgeordneten einen Brief. Die rebellierenden Studenten würden von «pro-westlichen Kräften» finanziert und benützten die «Technologie der Orangenrevolution», so Dobrenkow. Sergej Baburin, der stellvertretende Duma-Vorsitzende und Führer der «Volksunion», nahm den Dekan daraufhin in Schutz: «Heute die Moskauer Universität zu verteidigen, heisst, die russische Wissenschaft und den Staat zu verteidigen.»

Zu all dem drängt sich ein Zitat von Gestern auf: «Wir kennen die Gesellschaft nicht, in der wir leben», sagte der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow 1983. Ein Vierteljahrhundert später droht die Gesellschaft erneut zu «erblinden».

## Rückspiegel

### Dick Cheney – reicher als George W. Bush

US-Präsident George W. Bush hat im vergangenen Jahr über ein Vermögen zwischen 7,5 und 20 Millionen Dollar verfügt – aber mit seinem Vize kann er dennoch nicht mithalten. Die Wertpapiere und der übrige Besitz von Dick Cheney summierten sich gemäss am Dienstag veröffentlichten Dokumenten auf 21 bis 100 Millionen Dollar. Bush listete für die Finanzbehörden unter anderem seine 6,5 Quadratkilometer grosse Ranch in Texas auf, deren Wert sich auf bis zu fünf Millionen Dollar beläuft. Darüber hinaus hielt der Präsident Anteile an einer Firma, deren Wert er auf knapp 780 000 Dollar bezifferte. Auch Geschenke musste er angeben: Deren Wert belief sich auf insgesamt 12 364 Dollar. Darunter waren etwa drei verschiedene Angelausrüstungen, Holzbänke sowie Manschettenknöpfe. Von Cheney bekam Bush zum Geburtstag Sportgerät im Wert von 400 Dollar und zu Weihnachten eine rund 660 Dollar teure kabellose Wetterstation.

Cheney's wichtigste Besitzstände wiederum umfassten Investitionen in Fonds. Zudem verfügt er über 100 000 nicht ausgeübte Halliburton-Aktioptions, die für karitative Zwecke gedacht sein sollen. Cheney stand früher an der Spitze des mächtigen Öl-Konzerns. Auch wurde der Vizepräsident reicher beschenkt als Bush: Er bekam Geschenke im Gesamtwert von 21 674 Dollar. (reu)



(Stefan Rousseau, ap)

## Tennis – «very british»

Nach zehn Jahren als britischer Premier hat Tony Blair vor einer Woche seinen Rücktritt auf 27. Juni erklärt. Nun absolviert er eine Art Abschiedstournee durchs Land. Am Montag

spielte er Tennis an der Windsor High School in Halesowen (Mittelengland). Wie unser Bild der Woche zeigt, tat er dies «very british» – mit Anzug, Krawatte und etwas steif. (zl)